

Protokoll der Einwohnerversammlung Stuttgart – Nord

Datum	16. Oktober 2017
Beginn	19:00 Uhr
Ende	21:50 Uhr
Ort	Sparkassenakademie Pariser Platz 3a, 70173 Stuttgart

Vorsitz	Oberbürgermeister Kuhn
Protokollführung	Christa Nann

I. Begrüßung durch die Bezirksvorsteherin Frau Mezger

Frau Bezirksvorsteherin Mezger begrüßt die zahlreich erschienenen Einwohnerinnen und Einwohner zu der Einwohnerversammlung Nord recht herzlich. Willkommen heiße sie Herrn Oberbürgermeister Kuhn, Frau Bürgermeisterin Fezer, die Herren Bürgermeister Thürnau, Wölfle, Pätzold, Dr. Mayer und Dr. Schairer. Aus der Mitte des Gemeinderats begrüße sie Frau Nuber-Schöllhammer (B90/GRÜNE), Herrn Körner (SPD) Frau Bodenhöfer-Frey (FW), Herrn Dr. Nopper (CDU), Herrn Oechsner (FDP). Aus dem Regionalparlament heiße sie Frau Neipp-Gerecke und Herrn Serwani willkommen ebenso wie Frau Bezirksvorsteherin Kienzle und Herrn Bezirksvorsteher Möhrle.

Sie freue sich über die Anwesenheit der Vertreterinnen und Vertreter der Vereine, der Kirchen, der Moscheen und des Freundeskreises Flüchtlinge sowie der vielen Ehrenamtlichen und weiteren Institutionen. All diese ehrenamtlich Aktiven bereicherten das Leben im Stuttgarter Norden und seien unverzichtbar. Den stv. Leiter des Polizeireviers Wolframstraße, Herrn Perrey, heiße sie ebenfalls willkommen wie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse.

Leider sei die Einladung zum heutigen Abend per Hauswurfsendung durch die Deutsche Post trotz eines Nachversandes nicht überall angekommen. Darauf hätte die Stadtverwaltung jedoch keinen Einfluss nehmen können.

Im Einladungstext sei bedauerlicherweise vergessen worden, die Waldorfschule am Kräherwald zu benennen. Daher möchte sie deren Vertreter herzlich begrüßen.

Ein Dankeschön richte sie an die Nutzer des online-Portals für die Benennung der ihnen wichtigen Themen.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung danke sie für deren engagierte Arbeit für den Stadtbezirk und an dieser Stelle exemplarisch ihrem Mitarbeiter, Herrn Röger.

Der Sparkassenakademie danke sie ausdrücklich für die Möglichkeit, heute Abend diesen schönen Raum nutzen zu können. Sie hege die Hoffnung, dass die nächste Einwohnerversammlung in dafür zu schaffenden Räumen im Stadtbezirk Nord stattfinden könnte.

II. Rede von Oberbürgermeister Kuhn

Liebe Frau Mezger, Einwohnerinnen und Einwohner

Auch er wolle sich für die nicht vollständig zugestellten Einladungen entschuldigen.

Seine Wahrnehmung über den Norden sei, dass die Menschen hier in einem attraktiven Bezirk lebten. Der Bezirk liege zentrumsnah und sei mit schönen Grünanlagen, Wald und Aussichtspunkten ausgestattet. Die Versorgung mit Kindertageseinrichtungen sei gut. Es gebe ein hohes Entwicklungspotential an Wohnraum mit den Planungen zum Rosensteinviertel und am ehemaligen Bürgerhospital. Ein gutes und kleinteiliges Kulturangebot sei vorhanden. Ein großes Problem stellen, wie fast überall, die Verkehrsbelastung, der Lärm und die Luftschadstoffe dar. Der Wunsch und der Bedarf für ein Bürgerhaus sei bei ihm angekommen.

Die Einwohnerzahl sei seit 2010 um 2400 Menschen angewachsen, was eine Steigerung von 4,4 % bedeute. 2 % davon seien Flüchtlinge; der Ausländeranteil sei von 21,6 % auf 27,6 % angestiegen. Die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund von (2009) 36,5 % auf 44,9 %.

1400 Flüchtlinge habe der Norden aufgenommen, von denen 656 Menschen aus der Tunzhofer Straße nun Zug um Zug in normale Unterkünfte verteilt würden. Er danke den in den Freundeskreisen engagierten Menschen, deren großartigen Leistungen ihn sehr beeindruckt hätten, ausdrücklich. Notwendig sei nun die Integration der Flüchtlinge.

Die Zahl der Plätze für die Kinderbetreuung unter 3 Jahren sei seit 2011 erheblich gesteigert worden. Aktuell fehlten noch 157 Plätze für den angestrebten Versorgungsgrad von 73 %. Das wesentliche Problem jedoch sei die Gewinnung von Erzieherinnen und Erziehern, für die die teuren Mieten in Stuttgart ein Hindernis darstellten. Die Stadtverwaltung werde für die Jahre 2018/19 die Kita-Plus-Zulage von 100 Euro/Monat weiterbezahlen. Durch den städtischen Ausbildungsgang zur Erzieherin /zum Erzieher werde eine engere Bindung an die Stadt erhofft.

Für Geringverdiener und den Mittelstand fehlten in der Stadt in hohem Maße bezahlbarer Wohnraum. Seit Beginn seiner Amtszeit gelte das Ziel, pro Jahr 600 Sozialwohnungen zu schaffen sowie deren Verlust zu stoppen. Er sei noch nicht zufrieden. Derzeit würden 2000 Wohnungen gebaut, davon 600 Sozialwohnungen. Diese Größenordnung könnte über einen Zeitraum von 10 Jahren einschl. des Rosensteinviertels mit ca. 7500 Einheiten bewältigt werden.

Die von Mieterverein und Haus- und Grund geforderten, jährlichen 5000 zusätzlichen Wohnungen seien für Stuttgart nicht verträglich, denn dies würde bedeuten, zweimal das Birkacher Feld pro Jahr bzw. sämtliche landwirtschaftlichen Flächen und Grünzüge um die Stadt herum zu bebauen mit allen klimatischen Konsequenzen. Eine der

besonderen Reize der Stadt bestehe in den vielfältigen Grünzügen, die aus klimatischen Gründen erhalten werden müssten.

4,5 % der Stuttgarter Bevölkerung wohnten im Norden, dem stünden 3,8 % Straftaten gegenüber. Dank der guten Polizeiarbeit gehe die Zahl der Einbrüche zurück.

Die hohe Belastung auf der Heilbronner Straße führe zu Schleichverkehren in den Wohnquartieren. Sein Ziel der 20-prozentigen Reduzierung des Verkehrs auf den Straßen erfordere einen systematischen Ausbau des ÖPNV auf allen Ebenen. Zudem solle der Fahrradverkehr, der derzeit bei 5 % liege, ausgebaut werden. Der Ausbau von Fahrradwegen führe zu unvermeidbaren Konflikten mit den Autofahrern. Angesichts der bevorstehenden Feinstaubsaison hoffe er sehr, dass es im Hinblick auf das anstehende Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes Leipzig keine Fahrverbote geben werde. Solche Verbote würden das städt. Leben stark beeinflussen. An Arbeitgeber und den Handel gerichtet appelliere er, ihren Beitrag zur Änderung der Mobilität zu leisten.

Um die Vorstufen des Feinstaubs, die Reifen- und Bremsabriebe zu beseitigen, werde ab heute Nacht wieder nass gereinigt. Eine Auswertung erfolge nächstes Frühjahr. Es wäre sein Wunsch, dass zumindest die Zweitwagen in Stuttgart vollelektrisch seien.

Eingehend auf einen Einwurf, die Fahrpreise zu senken, verweist er auf die derzeit laufenden, hohen Millionen-Investitionen der SSB zum Ausbau der Kapazitäten im ÖPNV. In dieser Phase ließen sich Fahrpreise nicht senken. Dies käme nur dann überhaupt in Frage, wenn die Bahnen nicht voll wären und durch Preissenkungen mehr Menschen angelockt werden müssten. Dies sei aktuell in den Stoßzeiten nicht der Fall. Ab dem kommenden Jahr werde ein verbilligtes Ticket ab 9 Uhr angeboten.

Die Forderung, die Stadtbahn U 5 in 10 Minuten-Takt fahren zu lassen, sei kostentechnisch nicht darstellbar. Dem Aufwand von 2,3 Mio. Euro stehe kein entsprechender Anstieg an Fahrgästen gegenüber. Eine erhebliche Verbesserung werde sich bei den Bussen 40, 43 und 44 ergeben, die auch nachts im 15 Minuten-Takt fahren.

Zum Wegfall der Haltestelle Pragfriedhof habe er aktuell mit dem Vorstand der SSB AG gesprochen. Der Grund dafür liege im System der Finanzierung des Baus der U 12. Voraussetzung für die Gewährung von Fördermitteln durch den Bund sei eine Nutzen-Kosten-Untersuchung für das Projekt und somit auch für die Haltestelle. Ergebnis dieser Untersuchung sei, dass die Haltestelle nicht weiterbestehen könne. Der Pragfriedhof habe mit den Haltestellen Eckhartshaldenweg und Budapester Platz eine optimale Anbindung. Damit sei dieser Friedhof im Vergleich zu anderen Friedhöfen sehr gut angeschlossen. Die derzeitige Haltestelle war seit 2009 nur für eine Übergangszeit eingerichtet worden. Es sei nachvollziehbar, dass der Wegfall der Haltestelle für deren regelmäßige Nutzer ärgerlich sei.

Um die notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit an der Doggenburg-Kreuzung anzugehen, gebe es einen weiteren Ortstermin.

Mitteilen wolle er, dass die Freilichtbühne Killesberg erhalten bleibe und von der in.Stuttgart Veranstaltungsgesellschaft verwaltet werde.

Er eröffnet nun die Wortmeldungen.

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Ab- schlie- ßend beant- wortet	Weitere Bearbei- tung/ Erledigung durch
1	<p><u>Thema: Gestaltung Budapester Platz</u></p> <p>Die Bürgerin erkundigt sich nach Möglichkeiten, das Wettbewerbsergebnis Budapester Platz ändern zu können. Ihrer Meinung nach sei die Fläche zu dicht bebaut und es fehle Grün. Ein anderer Architektenvorschlag mit einem Grünen Korridor wurde leider abgelehnt.</p>	<p>Bürgermeister Pätzold lässt wissen, die in dem Wettbewerbsergebnis abgebildeten Gebäude stellen „Platzhalter“ dar. Die Ausmaße, die Gebäudeabstände und Gestaltung, das Thema Frischluft seien überarbeitet worden und würden nun in den Bauplan eingearbeitet.</p> <p>Er biete an, Weiteres nach der Versammlung zu besprechen.</p>	X	
2	<p><u>Thema: Wartberg, Lärm durch Tunnelbau S 21</u></p> <p>Der über den Grenzwerten liegende Lärm durch den Zwischenangriff Prag belästige seit Jahren die dort wohnenden Menschen. Beschwerden bei der Bahn darüber hätten bislang zu keiner Verbesserung geführt. Vorstöße bei der Stadtverwaltung und den Parteien seien auf das EBA verwiesen worden. Dieses habe nun einen Lärmbeauftragten bestellt, der identisch sei mit dem Lärmgutachter. Auch wenn schleppend Lärmschutzfenster eingebaut würden, so sei ein Wohnen dort eigentlich nicht möglich.</p>	<p>Bürgermeister Pätzold versichert, die Frage des Lärms werde sehr ernst genommen. Die alleinige Zuständigkeit läge beim EBA. Die Stadt unterstütze Beschwerden und gebe Anregungen für Verbesserungsmöglichkeiten, die nicht immer umsetzbar seien. Die Lärmgrenzwerte seien eingehalten, auch wenn sie hoch lägen. Die konkrete Beschwerde werde er weiterleiten. Oberbürgermeister Kuhn stellt klar, es gebe keine direkten Einflussmöglichkeiten der Stadt auf das Verfahren. „Die Bahn baue, das EBA genehmige, der Bürger zahle.“ Nicht alle von der Stadt vorgebrachten Probleme würden von der Bahn bearbeitet und verbessert. Dies sei eine dauerhafte Auseinandersetzung. Er werde das Anliegen im Lenkungsreis vorbringen.</p>	X	

<p>3</p>	<p><u>Thema: Straßenverkehr</u></p> <p>Ein Bürger beklagt, die hoch belastete Heilbronner Straße führe zu erheblichem Schleichverkehr und derzeit zusätzlichem Umleitungsverkehr, insbesondere in der oberen Birkenwaldstraße.</p> <p>Eine zunehmende Parkbelastung sei durch das PRM und das Zentrum Killesberghöhe entstanden. Ein Bürger hält es für geboten, an der Endhaltestelle Killesberg P&R Parkplätze auf einem Teil der „Mäanderwege“ bereitzustellen.</p> <p>Er bitte daher, das PRM auf diese Straße auszuweiten und Tempo 40 einzuführen.</p>	<p>Bürgermeister Dr. Schairer bestätigt aus eigener Kenntnis die extrem hohe Belastung durch den Ausweichverkehr. Derzeit verursache eine Baustelle an der Türlenstraße eine zusätzliche Verengung. Zudem würden dort unerlaubt Lkw ihre Lasten abladen. Es werde versucht, durch Schaltung der Ampelphasen und Verengungen, diese Strecken unattraktiv zu machen. Die Birkenwaldstraße sei bei Tempokontrollen relativ unauffällig, ebenso an den Überwegen.</p> <p>Im November 2017 werde im Gebiet Mönchhaldenstraße, Robert-Mayer-Straße und Eckartshaldenweg das Parkraummanagement eingeführt. Dort seien die Voraussetzungen der StVO erfüllt. An der Birkenwaldstraße seien diese Überlastungen derzeit nicht gegeben. Dies werde jedoch beobachtet.</p> <p>Tempo 40 an Steigungsstrecken betreffe die Birkenwaldstraße nur in einem Teil. Erst wenn eine der gesetzlichen Voraussetzungen wie Sicherheit, Lärm- oder Luftbelastung vorliege könne vom Grundsatz Tempo 50 abgewichen werden.</p> <p>Oberbürgermeister Kuhn ergänzt, bei Kontrollen in Tempo-30-Zonen im Stadtbezirk lägen die Überschreitungen bei ca. 14 %. Bei allen Versammlungen sei der Verkehr unter allen Aspekten das zentrale Problem. Ziel müsse eine Reduzierung des Verkehrs sein, da Korrekturen bei der Menge keine Abhilfe brächten. In Stuttgart kämen auf 1000 EW 560 Autos. Für die 610 000 Stuttgarter könnte das Straßennetz ausreichen, nicht jedoch für die tägliche, immense Zahl der Autofahrer aus der Umgebung mit über 5 Mio. Menschen, die teilweise zum Arbeiten, Einkaufen oder Ausgehen kämen. Zentren wie das Milaneo mit seinen ca. 10 000 Autos pro Tag würde er auf keinen Fall unterstützen. Verbessert werden müsse der ÖPNV und die Citylogistik. Er informiert über eine neue Schnellbuslinie zwischen Wilhelmsplatz Cannstatt zur Innenstadt im Kreisverkehr und im 5-</p>		
----------	---	--	--	--

		Minunten-Takt. Er erhoffe sich eine Entlastung und einen modellhaften Charakter. Separate Busspuren seien jedoch Voraussetzung dafür.		
4	<p><u>Thema: Wegfall der Haltestelle Pragfriedhof</u></p> <p>Der Assistent von einem Bürger, der im Rollstuhl sitzt, verliest einen Text: Wesentlicher Inhalt die Schwierigkeit, barrierefrei eine Haltestelle zu erreichen und am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben zu können. Die Entfernung der Haltestelle bedeute für viele ältere Menschen der Umgebung eine erhebliche Verschlechterung der Mobilität. Dies laufe den Integrations- und Inklusionszielen entgegen. An der Haltestelle Budapester Platz fehle noch der Aufzug. Er lade ihn zu einer Ortsbegehung ein, an der er ihn von der Wohnung zu den Haltestellen schieben dürfe. Es sei nie zu spät, eine früher getroffene Entscheidung zum Wohle vieler Betroffener zu revidieren.</p> <p>Eine Bürgerin verweist auf die Seniorenwohnungen, die mit einer direkten Anbindung an den ÖPNV erworben wurden. Bedeute für die älteren Menschen erhebliche Umwege. Alle Verwaltungsstellen seien am Haupteingang des Friedhofs. Die Haltestelle Eckarthaldenweg sei im Winter schlecht geräumt, die Haltestelle Türleustraße zu steil und der Aufzug oft außer Betrieb. Der Schulweg für die Kinder der Pragschule verlängere sich erheblich.</p>	<p>Oberbürgermeister Kuhn erwidert, wie eingangs dargelegt, gebe es dafür keine Perspektive im Sinne des Wunsches. Er sei gerne bereit, mit dem Bürger die Situation einschl. der Wegebeziehung vor Ort zu betrachten. Die Linienführung mit der Haltestelle sei 2009 nur als Provisorium bis zur Fertigstellung der U12 eingerichtet worden.</p> <p>Bürgermeister Dr. Schairer stellt fest, der Pragfriedhof sei mit den Haltestellen Eckarthaldenweg, Budapester Platz und Milchhof gut erschlossen. Der Weg zur Schule sei als Schulweg angemessen.</p>		OB Ortstermin (hat stattgefunden)

	<p>Eine Bürgerin vertritt die Meinung, man habe es gezielt darauf hinauslaufen lassen, dass dieses Viertel mit unwichtigen Menschen benachteiligt werde. Das Europaviertel erhalte eine 100 Mio. Euro teure Haltestelle, wogegen die ältere Bevölkerung um die Haltestelle Pragfriedhof das Nachsehen habe bzw. vernachlässigbar sei. Dies führe zu Frust bei den Menschen. Eine 500 m längere Strecke sei für alte und gehinderte Menschen zu viel. Sie plädiere dafür, die 60 Mio. ggf. zurückzuzahlen. Es fehle eine Transparenz dieses Vorgangs. In den Jahren 2005 – 2007 sei nicht bekannt gewesen, dass die aufwendigen Umbauten nur für ein Provisorium gegolten hätten.</p>	<p>Oberbürgermeister Kuhn widerspricht der vorgetragenen Behauptung, dass er den alten Menschen das Recht abspreche, mit der Stadtbahn den Friedhof zu erreichen. Dies sei eine Unterstellung. Seine Aussage sei gewesen, dass es sehr viele Menschen jeglichen Alters gebe, die nicht mit einer Stadtbahn zu den Friedhöfen kämen. Dies sei bei weniger als der Hälfte der 43 Friedhöfe der Fall.</p> <p>Seit der Schaffung der Haltestelle am Pragfriedhof sei bekannt gewesen, dass diese nur vorübergehend existiere. Diese Tatsache sollte gelten, auch dann, wenn man anderer Meinung sei. Die 60 Mio. könnten nicht zurückbezahlt werden.</p>	X	
	<p>Eine Bürgerin schlägt vor, die U15 zusätzlich durch das Nordbahnhofviertel zu leiten.</p>	<p>Oberbürgermeister Kuhn sagt zu, er werde dies mit Herrn Arnold besprechen und antworten.</p>		SSB AG OB
	<p>Eine Bürgerin lässt wissen, für den Erhalt der Haltestelle Pragfriedhof habe sie in kürzester Zeit 270 Unterschriften gesammelt.</p>		X	
5	<p><u>Thema: S-Bahn-Haltestelle Nordbahnhof</u> Eine Bürgerin bemerkt, auch wenn die Stadt nicht originär zuständig sei, so solle sie sich bei der Bahn dafür einsetzen, dass kurzfristig ein Aufzug eingebaut werde.</p>	<p>Bürgermeister Pätzold informiert, dieser Aufzug werde derzeit geplant.</p>	X	
6	<p><u>Thema: Bürgerhaus für S-Nord</u> Eine Bürgerin lässt wissen, es sei der Wunsch der Gruppe Nordlichter, im Nordbahnhofviertel einen Raum zu schaffen, den Gruppen nutzen könnten .</p>	<p>Bürgermeister Pätzold verweist auf den aushängenden Plan für das Gelände Bürgerhospital mit entsprechender Planung. Die</p>	X	

		Planung sei Teil der Aufgabenbeschreibung des Wettbewerbs gewesen, ebenso wie u. A. ein Familienzentrum und eine Kita.		
7	<p><u>Thema: Müll UFA-Gelände</u> Eine Bürgerin beklagt, die an Wochenenden durch die Besucher des UFA-Palastes sehr stark vermüllte Haltestelle Milchhof sollte gezielt gereinigt werden.</p>			Ref. T
8	<p><u>Thema: Nordbahnhofstraße, Verkehrsprobleme, LKW Lärm</u> <u>Abtransport nach Aufgabe der Bauogistikstraße</u> Zwei Bürgerinnen beklagen, dass die Zahl der Lkw-Fahrten, auch in der Nacht, erheblich zugenommen habe mit den entsprechenden Auswirkungen und Lärmbelastungen. Zudem werde das Durchfahrtsverbot an der Mitternachtstraße nicht beachtet. Die Verwaltung wird aufgefordert, diese Situation zu verbessern.</p>	Diese Lärmproblematik, so Bürgermeister Dr. Schairer, sei gut nachvollziehbar. Er werde veranlassen, die Lärmwerte zu erheben und wie sich die Entwicklung der Zahl der Lkw Fahrten darstelle. Es werde ein Lösungsvorschlag unterbreitet.		Ref. SOS
9	<p><u>Thema: Busverkehr Linie 40</u> Eine Bürgerin wirft ein, mit der Bahn könne der Killesberg mit einer Kurzstrecke erreicht werden, nicht jedoch mit dem Bus.</p> <p>Ein Bürger schlägt vor, für die Besucher des Killesberg sollten an Wochenenden Langbusse eingesetzt werden.</p>	--		SSB AG

10	Thema: Radweg Seestraße Eine Bürgerin beklagt, der Radweg entlang die See- straße sei eine reine Stolperfalle.	--		Ref. T
11	Thema: Rosensteinviertel Ein Bürger stellt die Frage in den Raum, warum es noch keinen Plan B gebe, um zusätzliche oberirdische Gleise wegen zu geringer Kapazität des künftigen Tiefbahnhofes bereitzustellen. Dies könnte als Aufga- be für die IBA – Kombination zwischen Wohnen, Gleis- sen und Gleisbögen – gestellt werden.	Bürgermeister Pätzold stellt klar, es werde davon ausgegangen, die Flächen städtebaulich zu nutzen. Vorbereitet dazu werde der städtebauliche Wettbewerb sowie Planungen zu den Gleisbau- werken.	X	
12	Thema: Eidechsen Feuerbacher Heide Ein Bürger kritisiert die Umsiedlung der Eidechsen für viel Geld anstatt sie auf die sonstigen Trockenflächen in der Stadt zu verteilen.	Bürgermeister Pätzold lässt wissen, Eidechsen, die aufgrund ei- nes Bundesgesetzes geschützt seien, mussten auf dem Gebiet der Stadt Stuttgart untergebracht werden, was auch an anderer Stelle schon geschehen sei. Weitere Flächen hätten nicht zur Verfügung gestanden. Auf der Fläche an der Feuerbacher Heide hätten schon Mauereidechsen gelebt. Mauereidechsen vertragen sich nicht mit Zauneidechsen. Die Stadt erarbeite derzeit ein Konzept, auch mit dem Ziel, gegenüber dem Bund darlegen zu könnten, dass die Population in Stuttgart stabil sei und man ggf. Ausnahmegenehmigungen erhoffe. Oberbürgermeister Kuhn verweist auf das Naturschutzgesetz, wonach diese Echse besonders geschützt sei. Eine Nichtbeach- tung dieses Schutzes könnte strafrechtlich belangt werden. Er versichere, dass die Flächen vor Ort in zwei Jahren durch ent- sprechenden Bewuchs unauffälliger würden. Die Kosten wurden von der Bahn getragen.	X	

13	<p>Thema: Kreuzung Doggenburg/Lenzhalde Eine Bürgerin problematisiert den Schulweg entlang der Feuerbacher Heide, wo der Gehweg zugeparkt sei. Nicht nur mit Kinderwägen müsse man auf der Straße laufen. Zudem drängt sie auf eine schnelle Lösung für die gefährliche Kreuzung</p>	<p>Bürgermeister Dr. Schairer bestätigt das morgendliche Verkehrschaos, da fast alle Eltern die Kinder mit dem Auto zur Schule fahren. Er appelliere an Alle, dieses im Interesse der Sicherheit zu vermeiden. Die Umgestaltung Doggenburg müsse noch weiterbearbeitet werden. Es gebe keine einfache Lösung und er bitte die Anlieger um Mitwirkung.</p>		Ref. SOS
14	<p>Thema: Rosensteinviertel Ein Bürger Infoladen Rosenstein auf der Prag e.V.: Dieser neue Standort wurde von der Stadt ermöglicht, wofür er sich bedanke. Ziel sei – alte Prag und neuer Bereich Rosenstein sollen als eine funktionale städt. Einheit geplant werden. Seine Fragen: Aktueller Zeitplan Rosensteinviertel? Rolle der IBA bei den Planungen zum Rosensteinviertel? Gibt es Entscheidungen zu den denkmalgeschützten Gleisbogen bzw. welche weiteren Planungen dazu gibt es? Wird überlegt, die Gleisbogen in dem Wettbewerb als städtebauliches Gelenk zwischen Gleisfächer und Prag zu thematisieren? Wie ist die zugesagte weitere Beteiligung der Bürger bei kleinteiligen und zeitlich begrenzten Planungen und Projekten vorgesehen?</p>	<p>Bürgermeister Pätzold erläutert das Verfahren, das bereits am 24.10.2017 im UTA öffentlich erfolge. Vorbereitet werde ein Internationaler Städtebaulicher Ideenwettbewerb, der 2018 durchgeführt werden solle. Grundlage dabei seien auch die die Bestandsbauwerke sowie die grundsätzlich erhaltungsfähigen Gleisbogen. Zur Nutzung und Entwicklung der Gäubahntrasse werde es mehrere weitere Gutachten geben. Zunächst solle bis Sommer 2018 eine Zukunftsvision für den neuen Stadtteil entwickelt und darauf aufbauend vertiefende Überlegungen für die Bebauungsplanverfahren angestellt werden. Einbezogen werde auch die Fläche hinter dem Bahnhofsgebäude als Kulturquartier. Ein folgender Architektenwettbewerb könne 2019 diese Fläche konkretisieren. Ggf. erfolgten zusätzliche Wettbewerbe für Teilgebiete. Die Bebauungspläne dafür sollen 2020/2021 ausgearbeitet werden. Anfang 2018 werde vorgeschlagen, wie die Bürgerbeteiligung Rosenstein eingebunden werden könne. Die Ideen aus dem Memorandum Rosenstein werden Teil des Verfahrens. Von Anfang an werde die IBA Thema sein, um Vorschläge der Architekten dafür zu erhalten. Die künftigen Transportwege sowie Umleitungen für neue Baumaßnahmen sowie der Gleisrückbau werden im Planfeststellungsverfahren durch die Bahn zu regeln sein. Die Stadt werde im Verfahren dazu Stellung beziehen.</p>	X	

		Auftakt für das Gesamtprojekt sei der Straßburger Platz, der als erstes frei geräumt sein müsse. Zum Arnulf-Klett-Platz/Schillerstraße werde ein weiterer Wettbewerb erfolgen. Dort gebe es den Zielbeschluss des Gemeinderats, den Verkehr auf die Wolframstraße zu verlegen. Vor dem Ausbau dieser Straße müssten die Brücken abgerissen sein.		
15	Eine Bürgerin befürchtet eine erhebliche weitere Verkehrsbelastung während des Baus des S-Bahn-Tunnels Wolframstraße und bittet um Vorschläge, wie dem vorgebeugt werden könne.	s. oben	X	
16	<p><u>Thema: Kinder, Jugendliche, Wohnen</u></p> <p>Ein Bürger erzählt, sein Verein, Children First e.V., organisiere schöne Erlebnisse für Kinder in benachteiligten Situationen. Er schildert die schlechten baulichen Zustände in einem Kinderheim und frage, warum, obwohl Stuttgart genug Geld habe, gerade dort gespart werden.</p> <p>Zur Wohnungssituation stellt er fest, es gebe eine größer werdende Zahl obdachloser Jugendlicher und keine Unterbringungsmöglichkeiten. Dies gelte auch bei Wohnungen für Studenten.</p> <p>Konkret möchte er die Perspektive für nächsten 5-10 Jahren wissen.</p>	<p>Bürgermeister Wölfle schlägt vor, der Bürger solle ihm die genannten Fälle im Anschluss benennen. Ihm seien keine Beispiele für Kürzungen in diesem Bereich bekannt. Er werde der Sache ggf. nachgehen.</p> <p>Er stellt klar, es gebe keine 4000 Obdachlose, diese Zahl stehe für die Suchenden in der Wohnungsnotfallkartei.</p> <p>Für Obdachlose gebe es Notfallquartiere, die jedoch nicht alle nutzen wollten.</p> <p>Oberbürgermeister Kuhn greift zurück auf seine Eingangsworte. Perspektive sei, entsprechend der Zeitstufenliste Wohnen, in den nächsten 10 Jahren jährlich 2000 Wohnungen (inkl. Rosenstein, Neckarpark, Bürgerhospital) zu bauen. Wichtig für ihn sei die Frage, wie die Anteile an bezahlbaren Wohnungen im unte-</p>	X	

		<p>ren und mittleren Bereich gesteigert werden könnten. Diese Diskussion finde im Gemeinderat statt u. A. mit der Forderung die SWSG müsse ihren entsprechenden Anteil auf 10 % erhöhen.</p> <p>Stuttgarter Wohnungsprobleme müssten aber auch in der Region angegangen werden. Die Stadt sei zu kleinräumig, um die Wohnungsmarktprobleme auf ihrer Gemarkung zu lösen. Eine Prognose für den Zeitpunkt 2027 lasse sich nicht machen. Wichtig sei jedoch, mehr Wohnungen für Studenten zu bauen. 50 % der Haushalte seien 1-Personen-Haushalte, so dass dieses Wohnungssegment bezahlbar erweitert werden müsse.</p>		
17	<p><u>Lärm, ÖPNV, Wohnen</u> Eine Betrachtung der Wohnlagen Richtung Nordbahnhofstraße führe zu anderen Bewertungen bzgl. der Lebensqualität im Stadtbezirk als die vom Oberbürgermeister dargestellte. So werde bei Lärmproblemen mit dem Bau von S 21 nur auf die Bahn verwiesen anstatt als Stadt zu handeln.</p> <p>Es reiche nicht aus, mit der SSB zu sprechen, sondern es müsse darüber gestritten werden, die Preise für den ÖPNV zu halbieren, um eine Veränderung in der Mobilität zu erreichen. Dazu gehöre auch der Erhalt von Haltestellen.</p> <p>Der Erwerbgesellschaft der Wohnungen im Nordbahnhofviertel müsse klar kommuniziert werden, dass eine Beteiligung bei künftigen Projekten nicht denkbar sei, solange sie schamlos die Mieten erhöhe.</p>	<p>Oberbürgermeister Kuhn stellt klar, ein solcher Einnahmeverlust müsste durch den städt. Haushalt ausgeglichen werden. Zunächst sei aber der Ausbau des ÖPNV zu finanzieren. Dazu gehörten auch punktuelle Tarifverbesserungen (Senioren, Studi, Jobticket) gemeinsam mit dem VVS. Allein die anstehende Zusammenlegung der Zonen 1 und 2 erfordere 9 Mill. Euro.</p>	X	

18	<p><u>Thema: Raumsituation Hölderlin-Gymnasium</u></p> <p>Ein Bürger beklagt, die Schule habe zu wenige und zu kleine Räume und eine veraltete Ausstattung. Nachdem 2013 ein Grundsatzbeschluss für einen Erweiterungsbau und die Sanierung erfolgt sei und 2014 ein Beteiligungsprozess dazu stattgefunden habe wurde aktuell informiert, der Neubau rücke in weite Ferne. Sein Anliegen sei, der Schule einen Modulbau auf dem Gelände schnell zur Verfügung zu stellen und dann in Teilschritten die Sanierung zu starten. Dieses Vorhaben könnte einem Architekturbüro zur Durchführung übergeben werden.</p>	<p>Bürgermeisterin Fezer lässt wissen, sie kenne die belastende Situation am Gymnasium und sie verstehe das Anliegen, die Situation dort schneller zu verbessern als vorgesehen. Schwierig sei jedoch, die erforderlichen Bauten an dem Standort unterbringen zu können. Nachbarschaftseinsprüche und Brandschutzfragen müssen abschließend geklärt sein, bevor eine Umsetzung, ggf. auch mit ex. Architekten gestartet werden könne. Dies werde bearbeitet.</p> <p>Laut Oberbürgermeister Kuhn stelle das Abarbeiten des Sanierungsstaus für sehr viele Schulen eine große Aufgabe dar. Als ein wichtiger Schritt würden dafür neue Stellen im Hochbauamt und Schulverwaltungsamt geschaffen. Ein weiteres Hemmnis sei jedoch auch, dass in Stuttgart kaum mehr Handwerksbetriebe zu bekommen wären.</p>	X	
19	<p><u>Thema Verkehr Mönchstraße</u></p> <p>Eine Bürgerin sei dankbar für die Regelung mit der Schranke und der Anliegerstraße. Die Parkprobleme hätten sich gebessert. Jedoch bitte sie um Kontrollen nach 16 Uhr am Samstag. Sehr viele Taxifahrer warteten dort auf Gäste und seien nicht einsichtig, dass dies nicht zulässig sei.</p>			SOS

20	<p><u>Thema: Erhaltung von Wohnraum, Prostitution</u></p> <p>Eine Bürgerin gibt wieder, ihre Familien hätten in das Mietshaus Heilbronner-/Wolframstraße mit 10 Wohnungen viel investiert. Ein Laden in EG sei der letzte in diesem Umfeld. Im Nachbargebäude würden die Wohnungen nun mit Prostituierten belegt. Nachfragen beim Baurechtsamt seien ergebnislos geblieben. Für Ihre Familie sei der Erhalt dieses Gebäudes als Wohnhaus fraglich. Sie bitte daher um Unterstützung.</p>	<p>Bürgermeister Pätzold sagt zu, zu klären, was baurechtlich dort zulässig sei und wo eingegriffen werden könnte.</p> <p>Oberbürgermeister Kuhn ergänzt, sobald es eine rechtliche Handhabe gebe, gehe die Verwaltung gegen die Prostitution vor. Die Öffentlichkeitsarbeit dazu ziele auch darauf ab, die Nachfrage zu reduzieren. Im Leonhardsviertel konnte die Straßenprostitution zurückgedrängt werden, jedoch nehme die in den Wohnungen zu.</p>		<p>StU</p> <p>SOS</p>
----	---	--	--	-----------------------

Die Bürgerinnen und Bürger, so Oberbürgermeister Kuhn abschließend, die nicht zu Wort hätten kommen können, sollten die Fragen beim Protokoll im Raum abgeben. Eine schriftliche Antwort werde Ihnen zugehen. Er danke den Anwesenden für deren Engagement und er hoffe, dass einige der Fragen gelöst werden könnten.

Stuttgart,

Schriftführerin – Christa Nann